



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung (WBF)

Per Mail an:
vernehmlassung@bwl.admin.ch

Bern, 10. August 2023

**Sozialdemokratische Partei
der Schweiz**

Zentralsekretariat
Theaterplatz 4
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Änderung der Verordnung des WBF über die Pflichtlagerhaltung von Nahrungs- und Futtermitteln

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

Die SP begrüsst die vorgeschlagene Erhöhung der Pflichtlagermengen von Nahrungs- und Futtermitteln. Dies hauptsächlich aus zwei Gründen: Erstens wurden Wertschöpfungsketten in den letzten Jahren komplexer und fragiler: Covid-19 und der Ukraine-Krieg haben dies schmerzlich verdeutlicht. Zweitens sind vielfältigere Risiken vorhanden: So können Dysfunktionen von lebenswichtigen Dienstleistungen wie Logistik, Informations- und Kommunikationstechnologie oder Elektrizität genauso zu schweren Mangellagen führen wie grossräumige Schadensereignisse, Auswirkungen des Klimawandels oder die Verknappung von Erdgas, etc.

Die vorgeschlagene Erhöhung der Pflichtlagermengen basiert auf der Ernährungssicherungsstrategie 2018 und trägt der in der Gefährdungsanalyse 2017 beschriebenen Tatsache Rechnung, dass im Landwirtschafts- und Ernährungsbereich in Zukunft mit immer häufigeren Überlagerungen der beiden obengenannten Aspekte gerechnet werden muss. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit klein ist, dass die Pflichtlager eines Tages tatsächlich genutzt werden müssen und signifikante zusätzliche Kosten anfallen (über 33 Jahre gerechnet 890.4 Millionen Franken), so muss die Schweiz trotzdem zwingend auf dieses unwahrscheinliche Szenario vorbereitet sein.

Auch wenn die SP die Vorlage unterstützt, so muss angemerkt werden, dass – wie im erläuternden Bericht erwähnt – auch weitere Massnahmen getroffen werden müssen, um die Landesversorgung sicherzustellen. In der



vorliegenden Erhöhung der Pflichtlagermenge für Nahrungs- und Futtermittel ergibt eine rein nationale Lösung durchaus Sinn. Jedoch sollte die Reaktion auf komplexere und fragilere Wertschöpfungsketten nicht grundsätzlich immer eine nationale sein. Stattdessen muss auch gründlich geprüft werden, ob die Landesversorgung in Koordination mit europäischen Partnerländern sichergestellt werden kann. Denn aufgrund von Skaleneffekten können europäische Lösungen bedeutend günstiger sein. Die Blütezeit des Begriffs «Globalisierung» liegt zweifellos hinter uns. Doch daraus zu schliessen, wir träten in eine Zeit der «De-Globalisierung» ein, ist verfehlt. Denn es ist zwar richtig, dass Lieferketten in strategischen Bereichen diversifiziert werden müssen. Dies darf aber nicht auf ein autarkes Produktionsmodell hinauslaufen, sondern sollte in einer Europäisierung gewisser Lieferketten münden.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Mattea Meyer
Co-Präsidentin

Cédric Wermuth
Co-Präsident

Severin Meier
Politischer Fachreferent